

Forschungsprojekt *Formen ziviler und politischer Repräsentation*  
Fondation Maison des sciences de l'homme, Paris / Universität Koblenz-Landau /  
Université du Luxembourg  
(PFR – Programme de formation-recherche soutenu par le CIERA)

Atelier vom 17.-18. Januar 2019 an der Universität von Luxemburg

## **Bindung – Bann – Verbindlichkeiten**

Der Auftakt der Tagung befasste sich von zwei verschiedenen Seiten her mit Phänomenen, die den „normalen“ Verlauf der Repräsentation zum Scheitern bringen oder zumindest stark beeinträchtigen. Diese Phänomene haben als gemeinsamen Nenner ihre Verankerung in der tiefgreifenden Veränderung der Produktivkräfte und der damit einhergehenden *Veränderung der Verhältnisse zwischen Lebenswelt, Gesellschaft und Staat*. Schon um die Mitte der 1990er Jahre hat Raulet in Aufsätzen zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien<sup>1</sup> gezeigt, wie ihr Funktionieren selbst sowohl die Repräsentation als Darstellung als auch die politische Repräsentation in Frage stellt. Der vereinte Durchbruch der Performativität und der Expressivität tendiert dazu, alle Formen eines „symbolischen Dritten“<sup>2</sup>, sei es der Konsens im Sinne von Habermas oder der republikanische Rechtsstaat, auszuschalten und zu überspringen.

Katrin Becker

Der Vortrag *Digitale Verbindlichkeiten und der Bann der Blockchain – das Ende der Repräsentation?* widmete sich der Frage, inwiefern die Repräsentationslogik im Sinne von Pierre Legendre durch die technologischen Neuerungen an Gültigkeit bzw. Geltungskraft verliert. Im Sinne ihres Einflusses auf die Gestaltung der Repräsentationsgrundlagen von Kultur (wie sie Alain Supiot versteht) sowie ihrer prägenden Kraft auf die Selbst- und Weltwahrnehmung von Subjekten (im Sinne Walter Benjamins und Bruno Latours) wurde insbesondere die Digitalisierung als Matrix der Zersplitterung traditioneller Repräsentationssysteme bzw. der Störung bestehender repräsentationslogischer Bindungen herangezogen. So wurde dargelegt, wie die „*gouvernementalité algorithmique*“ (Rouvroy) zu einem Auseinanderdriften der – zunehmend auf unhinterfragbaren, da numerischen Wahrheiten beruhenden – politisch-juridischen Repräsentationen von Welt einerseits und der mehr und mehr individualisierten Welt- und Selbstwahrnehmungen der Subjekte andererseits führt, und damit zu einer immer stärkeren Abwendung der Subjekte von sämtlichen traditionellen Institutionen. Abschließend stand die Blockchain-Technologie im Fokus, die in ihrem Bestreben, den Vertrauen schaffenden Dritten abzuschaffen, als eindringliches Beispiel dafür gelten kann, wie sehr die technologische Struktur einer Kultur die Vorstellungen des Wie und Wodurch der Repräsentation prägt – und zwar

---

<sup>1</sup> „Die neue Utopie. Die soziologische und philosophische Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologien“, in Manfred Frank/Gérard Raulet/Willem van Reijen (Hg.): *Die Frage nach dem Subjekt*, Frankfurt a.M., Suhrkamp, 1988. Jochen Hörisch, Gérard Raulet, *Soziokulturelle Auswirkungen moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich*, Frankfurt a.M., Campus, 1992. „Neue Medien, neue Öffentlichkeit?“, in Wolfgang Hoffmann-Riem/Thomas Vesting (Hg.), *Perspektiven der Informationsgesellschaft*, Hamburg, Hans-Bredow-Institut 1995 (S. 31-46).

<sup>2</sup> Cf. Raulet, *Chronique de l'espace public*, Paris, L'Harmattan, 1994, S. 219-222.

entweder im Sinne einer Reaktion auf gesellschaftlich sich abzeichnende Entwicklungen, oder als Auslöser solcher Entwicklungen.

Gérard Raulet

In seinem Referat *Was passiert, ist unvorstellbar. Vom Umgang mit dem Repr sentierbaren* ging Raulet von dem bis vor kurzem unvorstellbaren Phänomen der sog. Gelben Westen aus und hinterfragt die Grenzen der politischen Repräsentation, die es an den Tag legt. Mit den von Katrin Becker analysierten Erscheinungen hat es gemeinsam, dass die neuen IuK-Technologien – in diesem Fall die „sozialen Netze“ – den Ausbruch der Krise maßgeblich bedingt haben. Raulets Hypothese ist, dass der Konflikt an der Nahtstelle zwischen dem System (d.h. der verwaltenden Rationalität, der etablierten Staatsform mit ihren verfassungsrechtlichen Grundsätzen) und der Lebenswelt zu verorten ist. Ausgelöst wird das Aufbegehren von lebensweltlichen Ressourcen durch den Rückbau des Sozialstaats zu einem um sich greifenden Prekariat einerseits, durch den Politikverdruss und den zunehmenden Vertrauensverlust gegenüber der politischen Repräsentation andererseits. Was häufig abwertend als Populismus denunziert wird, hat seinen Schwerpunkt in *zivilen* Formen des Protestes, in „Formen nicht repräsentativer Demokratie, nicht-staatliche[n] Bräuchen und Gewohnheiten“, die nicht vom Tisch zu wischen sind, sondern einer eingehenden Analyse wert sind. Zu diesem Zweck griff Raulet auf die theoretischen Ansätze zurück, die im Anschluss an die Platzbesetzungen in Ägypten oder Griechenland, an die Bewegung „Nuit debout“ gegen die Reform des Arbeitsrechts 2016 und vorher an „Occupy Wall Street“ entwickelt wurden. Er stützte sich unter anderem auf Judith Butlers Buch *Notes Toward a Performative Theory of Assembly* (2016) und betonte mit ihr den starken körperlichen Anteil an der demokratischen Performativität. Abschließend fragte er, wie diesem Ausbruch von Expressivität mit den Mitteln der vorherrschenden soziologischen und politischen Theorien begegnet werden kann. Die eindeutige Schwäche der prozeduralen Denkweise besteht darin, dass sie nicht (oder nur schwerlich) das Reservoir an demokratischen Forderungen erschöpfend übersetzen kann. Der Preis für die politische Übersetzung der Lebenswelt ist deren Verschwinden oder ihr Weiterbestehen einzig und allein als „Gesellschaft gegen den Staat“. Das gilt umso mehr für innovative Prozesse, die von den eingefahrenen Ritualen abweichen. Weil Nicht-Repräsentierbarkeit – gewollt oder erlitten –  berwiegt, scheint es auf jeden Fall geboten, den *non-representational theories* den Vorzug zu geben. Diese haben wenigstens den Vorzug, einerseits zu der theoretischen Untermauerung der „Postdemokratie“ und zur Bekämpfung der damit oft einhergehenden Akkommodation mit dem sog. Illiberalismus beizutragen. Demokratische Institutionen existieren zwar noch formell, aber von dem konstitutionell vorgesehenen Abhalten von Wahlen abgesehen wird die Beteiligung der Bürger auf ein Mindestmaß reduziert und hinter dieser Inszenierung wird die Politik hinter verschlossenen Türen gemacht.

Bruno Qu lennec

Die Philosophie des argentinischen Intellektuellen Ernesto Laclau (1935-2014) und der belgischen Theoretikerin Chantal Mouffe (geb. 1943) erfährt heute eine massive Rezeption innerhalb der europäischen Linken, besonders innerhalb von *Podemos*, der *France Insoumise* und der von Sarah Wagenknecht gegründeten „Aufstehen“-Bewegung. In seinem Vortrag *Alles Populismus oder was? Demokratie und die Repräsentationsformen des ‚Volkes‘ in der politischen Philosophie Laclaus und Mouffes* hat sich Bruno Qu lennec mit den Stärken und Ambivalenzen ihres theoretischen und politischen Projekts

auseinandergesetzt und sich dabei vor allem auf die Schriften Ernesto Laclaus konzentriert. In einem ersten Teil wurde der Populismus-Begriff des argentinischen Intellektuellen anhand von *On Populist Reason* rekonstruiert und sein Ansatz mit den Arbeiten von Jan-Werner Müller und Karin Priester verglichen (I). In einem zweiten Teil wurden die Implikationen seiner Populismus-Theorie für seine Auffassung von politischer Repräsentation und radikaler Demokratie offengelegt (II).

Quélenec hat gezeigt, dass die Frage der symbolischen Repräsentation für Laclau von großer Bedeutung ist. Für Laclau entstehen nämlich soziale Interessen und Identitäten erst durch ihre diskursive Artikulation, d.h. ihre politische „Repräsentation“ (im breiten Sinne des Wortes); es gibt also bei ihm eine Art *Primat* des Repräsentanten gegenüber dem Repräsentierten. Die problematischen Aspekte dieser theoretischen Konstruktion wurden am Ende des Vortrags in thesenartiger Form dargestellt. Problematisch an Laclaus Theorie der symbolischen Repräsentation ist *erstens*, dass sie leicht als ein *Top-Down-Modell* verstanden werden kann. Manchmal kommt der Verdacht auf, Laclau würde dafür plädieren, mittels Volks-Anrufungen Propaganda zu betreiben, um eine unaufgeklärte Masse in den Dienst der „richtigen Sache“ zu stellen. So gesehen wäre Laclaus Linkspopulismus ein Populismus *tout court*, der mit Demokratie wenig zu tun hat. *Zweitens* erschöpft sich radikale Demokratie nicht in dem Auftreten neuer Kollektive auf der politischen Bühne. Denn es kann durchaus der Fall sein, dass jene Kollektive, die sich als „das Volk“ präsentieren, *reaktionärer und nicht revolutionärer Art* sind. Völkische Partisanen, Steuerverweigerer, faschistische Bewegungen und salafitische Mobs sind zum Beispiel, wie Ingo Elbe hervorhebt, zwar zornig und rebellisch, aber keine „herrschaftskritischen Akteure“. *Drittens* ist an dieser Theorie der „radikalen“ Demokratie kritisch anzumerken, dass sie sich gar nicht für eine Zunahme der *Partizipation* der Staatsbürger an der politischen Willensbildung interessiert. Laclau fokussiert viel zu sehr auf die Rolle der Leaders und vernachlässigt das kritische Potential basisdemokratischer Mechanismen.

## Johan van der Walt

Da (nicht zuletzt unter dem Druck der politischen Aktualität) der Schwerpunkt sich auf das Problem des Populismus verlagert hatte, galt es nach der Provokation des Auftakts auf die politisch-juristischen Hintergründe einzugehen. Den Beitrag von Johan van der Walt – *The gift of time and the hour of sacrifice. Towards a fundamental phenomenology of the essential difference between liberal democratic and populist responses to social crises* – resümieren wir hier gemäß der englischen Originalfassung.

George Orwell wrote a review of Adolf Hitler's *Mein Kampf* in which he made the following observation: “[H]uman beings don't only want comfort, safety, short working hours, hygiene, birth control and, in general, common sense; they also, at least intermittently, want struggle and self-sacrifice, not to mention drums, flags and loyalty-parades.”

This observation of Orwell's was brought to my attention by Philip Stephens in a *Financial Times* article that sought to make sense of the rise of populist politics in Europe and the United States in our time; a development that came startlingly to a head with the British referendum that triggered Brexit and the election of Donald Trump as President of the United States in October 2016. My paper presented at the January Workshop in Luxembourg engaged with this passage from Orwell's discussion of Hitler's *Mein Kampf* and Stephens' reading of it in the *Financial Times*. It described or explained the difference between liberal and populist/fascist responses to times of crisis in terms of the difference between the liberal economy of the gift and the illiberal economy of sacrifice, and

scrutinised the possibility of a stable distinction between these two economies with reference to especially Marcel Mauss and Jacques Derrida.

## Oliver Kohns

Der Beitrag von Oliver Kohns „Große Verbrecher – literarische und politische Nicht-Repräsentation des Schurken/Räubers (zu Shakespeare und Schiller)“ knüpfte an Themen, die auf dem ersten Treffen des Projektes (Paris, Januar 2018) erörtert worden waren, aber er behandelte sie eher unter dem Gesichtspunkt der Nicht-Repräsentierbarkeit, der insb. infolge der Legitimitätskrise in Frankreich (Aufstand der „gelben Westen“) einen wichtigen thematischen Schwerpunkt des Luxemburger Workshops dargestellt hat.

Das theatralische Modell monarchischer Repräsentation spielte eine wichtige Rolle in den Legitimationsdiskursen der absolutistischen Herrschaft. Jedoch entwickelte sich bereits vor der Revolution das Modell der Öffentlichkeit als dem zentralen Ort der Repräsentation. Die dramatische Re-Inszenierung der politischen Theatralik reflektiert vor allem das Problem der *Darstellbarkeit*, insbesondere der Vollständigkeit des Darstellbaren. Dieses Unrepräsentierte kann dann als das An-Ästhetische, Abjekte und Ausgeschlossene mit dem Hässlichen und Bösen assoziiert werden. Shakespeares Historiendrama „Richard III.“ führt die Ab- und Ausgrenzung Richards szenisch vor, indem dieser immer wieder direkt zu dem Publikum spricht, um diesem seine Pläne und Listen zu enthüllen. Hier wird das im System der politischen Repräsentation strukturell Undarstellbare und Unsichtbare vorgeführt: das Innere Richards. Schillers Drama „Die Räuber“ reflektiert schließlich über das aus dem neuen, post-monarchistischen System der politischen Repräsentation Ausgeschlossene. Nicht nur auf der Ebene der Diskurse, sondern auch auf der des dramatischen Personals öffnet sich Schillers Stück den politisch Unter- und Nichtrepräsentierten, den Bettlern und Räubern, dem sozialen Bodensatz.

## Johannes Pause

In seinem Beitrag „Vermessungen der Hinterbühne. Das politische Begehren Hollywoods“ setzte sich Johannes Pause mit filmischen Reflexionen parlamentarischer Demokratie auseinander. Bildet die Theaterbühne im klassischen Hollywood-Kino, etwa in Frank Capras *Mr. Smith Goes to Washington* (USA 1939), noch die Kernmetapher demokratischen Geschehens, wird ab den 1960er Jahren eine zunehmende Problematisierung dieser Bühnenhaftigkeit erkennbar, die sich unter anderem auf den Einfluss neuer technischer Medien zurückführen lässt. Unter Bezugnahme auf medientheoretische Ansätze, die Joshua Meyrowitz in den 1980er-Jahren in Auseinandersetzung mit Erving Goffmans Begriffen der Vorder- und Hinterbühne entwickelte, vollzog Pause nach, wie es dabei zunächst zu einer Problematisierung der durch diese neuen Medien entstehenden „Seitenbühnen“ (Meyrowitz) kommt. Auf sie folgt im Paranoia-Kino des New Hollywood der 1970er-Jahre eine regelrechte Dämonisierung der Hinterbühne, die nun als Ort einer allmächtigen Konspiration erscheint. Diese ‚Krise der Bindung‘ schlägt in den Filmen der 2010er-Jahre, etwa in *Ides of March* (USA 2011), in einen Totalitarismus der Vorderbühne um, im Zuge dessen alle Arkanbereiche der Politik ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden. Der Vortrag suchte aufzuzeigen, dass das Hollywood-Kino trotz seiner durchgehenden Skepsis gegenüber der in der Demokratie notwendig unvollständig bleibenden politischen Repräsentation eigene Denkformen entwickeln kann, um die Legalität und Verbindlichkeit dieser Repräsentation zu reflektieren.

Während die soeben vorgestellten Referate sich mit aktuellen Formen von Infragestellungen bzw. Entgrenzungen der Repräsentation befassten, bemühte sich eine zweite Gruppe von Beiträgen um eine Klärung der Grundbegrifflichkeit der Repräsentationsfrage, von der Autorität als starker Form von Verbindlichkeit bis hin zu Formen schwacher Normativität.

Christian Bermes

*Verbindlichkeit. Stärken einer schwachen Normativität*

Das Konzept der „Verbindlichkeit“ wird im deutschen Sprachgebrauch nicht selten synonym mit „Verpflichtung“ benutzt. Gleichwohl zeigt die Begriffsverwendung und die Begriffsgeschichte von „Verbindlichkeit“ eine Tiefenstruktur, die gegenüber dem engeren Begriff der Verpflichtung facettenreicher ist und sich zur Entschlüsselung kultureller Repräsentationsordnungen eignet. Der Beitrag diskutiert das Konzept der Verbindlichkeit als eine „kulturelle Tatsache“ in dem Sinne, dass mit der Etablierung von „Kulturellen Tatsachen“ einerseits repräsentative Ordnungen etabliert werden, die andererseits – und mit der Einrichtung solcher Ordnungen auf Vorgegebenheiten hinweisen. In dieser Dialektik entfaltet der Beitrag die Tiefenstruktur von „Verbindlichkeit“, indem die „kulturellen Funktionen von „Verbindlichkeit“ im Sinne (a) einer Tugend zur Qualifikation einer Person, (b) einer asymmetrischen Beziehung zwischen Menschen in Rechtsverhältnissen, (c) von Regeln des Handelns und (d) von Auszeichnungen von Überzeugungen historisch und systematisch erörtert werden. Konzeptionell gefasst und strukturiert wird diese Einteilung mit den Konzepten der „constantia“ (als Tugend), der „obligatio“ (in Anlehnung an das Römische Recht), der „regulae“ (im Sinne von Praxisregeln) und der „certitudo“ (im Sinne von sicheren Überzeugungen). Dabei wird im Einzelnen erörtert, wie diese Aspekte der Verbindlichkeit unterschiedlich repräsentiert werden, beispielsweise die „constantia“ im Habitus, die „obligatio“ in kodifizierten Rechtssystemen und die „regulae“ in Lebensformen und Sprachspielen. Mit Blick auf die Verbindlichkeit im Sinne der „certitudo“ stellt der Beitrag heraus, dass in diesem Fall der Modus der Repräsentation nicht einfach fixiert werden kann, Verbindlichkeit als „sichere Überzeugung“ jedoch ihre kulturelle Wirksamkeit entfaltet.

Nikola Mirkovic

Der Beitrag von Nikola Mirkovic (*Zur Ontologie und Kritik von Autorität. Ein Vergleich zwischen den Konzeptionen von Kojève und Adorno*) verglich die philosophischen Auffassungen von Autorität, die Theodor W. Adorno und Alexandre Kojève in den 1940er Jahren unabhängig voneinander entwickelten. Während Adorno im Exil in Kalifornien an sozialpsychologischen Studien zum „autoritären Charakter“ von den für faschistische Ideologien besonders anfälligen Personen mitarbeitete, entwickelt Kojève in Marseille zu der Zeit der deutschen Besatzung und des Vichy-Régimes eine umfassende Typologie und philosophische Begründung verschiedener Formen von Autorität. Methodisch ist die Herangehensweise an die Frage nach der Bedeutung von Autorität völlig verschieden. Adorno verbindet die sozialpsychologische Arbeit in Form von Interviews und Fragebogenstudien mit ideologiekritischen und psychoanalytischen Reflektionen zum Interviewmaterial. Kojèves Theorie ist im engeren Sinne philosophisch und umfasst verschiedene Ebenen, von der phänomenologischen Analyse über die Metaphysik bis zur Ontologie, die eine jeweils tiefere Fundierung der Typologie von Autorität beanspruchen. Die beiden Ansätze lassen sich als komplementär interpretieren. Kojève entwickelt Autorität als deskriptive Kategorie, mit der sich funktionale Asymmetrien moralisch rechtfertigen lassen. Sie kann in diesem Sinne auch als Merkmal legitimer und gelungener

Repräsentation verstanden werden. Adorno wiederum weist auf die gesellschaftlichen Gefahren eines übersteigerten Bedürfnisses nach Autonomie hin. Am Beispiel der Rolle des Vaters in einer Familie (bzw. der Autorität von Eltern), zeigt sich wiederum das beide Autoren in bestimmten Hinsichten zu Vereinseitigungen neigen. Eine Rechtfertigung von Autorität als eines unter bestimmten Bedingungen sinnvollen Modus in sozialen Beziehungen, sowohl im pädagogischen als auch im politischen Kontext, muss daher über den Vergleich dieser beiden Ansätze hinausgehen.

#### Léa Barbisan

In ihrem Referat *Das Volk und die Masse. Überlegungen zu Claude Leforts These der „Entkörperung der Macht“* setzte sich Léa Barbisan erneut mit Claude Leforts 1983 veröffentlichtem Aufsatz *La question de la démocratie* auseinander. In diesem Aufsatz formuliert Lefort seine berühmte, vielfach diskutierte These, nach welcher „der Ort der Macht“ in der Demokratie leer sei. Der politische Bruch der Französischen Revolution mit dem Ancien Régime habe, so Lefort, eine radikale Umstrukturierung der symbolischen Ordnung ausgelöst. Diese Umstrukturierung, die er als Entleerung des „Orts der Macht“ bezeichnet, interpretiert er als eine „Entkörperung der Macht“. Mit dieser Behauptung spielt Lefort implizit auf Lacans Theorie vom Spiegelstadium an, nach der das Selbstbewusstsein sich erst durch das Erblicken des eigenen Bildes im Spiegel sich konstituiert. Das Erkennen des Spiegelbilds fungiert somit als „primordiale Matrix des Ichs“, ist jedoch ein Erkennen, das eigentlich sich als Verkennen entpuppt. Lefort zieht die Konsequenzen aus Lacans These auf der politischen Ebene. In ihrem Vortrag diskutierte die Referentin die Implikationen einer solchen „Entkörperung der Macht“: Wie soll man sich eine symbolische Ordnung vorstellen, die auf einem Mangel – dem fehlenden Spiegelbild – beruht und jedoch Einheit stiftet und ein kollektives selbstbewusstes *Subjekt* – das Volk – produziert? Hiermit knüpft Léa Barbisan an den Schwerpunkt der populistischen Problematik an.

#### Olivier Agard

*„Krise und Erneuerung der Verbindlichkeit in der Moderne: Georg Simmels Ansatz“*

Simmel wird oft zu den Kulturkritikern der Jahrhundertwende gerechnet. Zur Kulturkritik gehört die Idee eines Sinnverlustes als Folge der Säkularisierung der Gesellschaft. Bei Simmel kommt auch diese Thematik des Sinnverlustes vor: Er knüpft in dieser Hinsicht an klassische Gedanken der kulturkritischen Tradition an. Simmel hat aber ein ambivalentes Verhältnis zu der vom Kulturkritiker Rudolf Eucken hervorgehobenen Kategorie der Totalität. Für Simmel ist die Idee einer einheitlichen politischen Gemeinschaft, sei es in der romantischen Form einer Kulturgemeinschaft, sei es in der republikanischen Form einer politischen Gemeinschaft, nicht mehr mit dem modernen Individualismus vereinbar. Man könnte meinen, dass Simmel jedoch an der Idee an einer individuellen Totalität festhält, denn die individuellen Synthese, zum Beispiel die neuen Formen des Individualismus, die in der Großstadt entstehen sollen, haben das Ziel, den Riss zwischen Mensch und Welt zu überwinden und eine Einheit der Persönlichkeit zu schaffen. Aber auch in individueller Hinsicht ist die Totalität für Simmel ein Grenzbegriff: Konkret kann sie nur noch ein spannungsvolles, dynamisches und problematisches Gleichgewicht sein. Selbst die „Geselligkeit“, die eine ideelle und harmonische Welt schafft und an Schillers „ästhetischen Staat“ erinnert, ist eher ein regulativer Begriff und keine dauerhafte Lösung der Antinomen der Vergesellschaftung. Von Schiller ausgehend geht Simmel deutlich in eine andere Richtung: Es geht ihm nicht mehr um die Versöhnung zwischen Sinnlichkeit und Vernunft, sondern um die Revision des bildungsbürgerlichen Individualismus, zu dem

er ein ambivalentes Verhältnis hat. Man kann sagen, dass Simmel mit diesem Geselligkeitsbegriff eine neue, demokratischere Version des „ästhetischen Liberalismus“ der bildungsbürgerlichen Tradition entwirft, auch wenn Simmel mit dieser Tradition eine gewisse Abneigung gegen die Politik und eine entpolitisierte Auffassung der Gesellschaft teilt.

Das Referat von Agard wirft somit anhand von Simmels Auffassung der Geselligkeit, die nicht von ungefähr in der Postmoderne wieder populär wurde, wiederum die zentrale Frage des Forschungsprojektes auf: Wie verhalten sich die politischen Formen der Repräsentation zu den gesellschaftlichen bzw. „zivilen“ Ausdrucksformen? Oder umgekehrt: Inwiefern haben letztere sich in den letzten Jahrzehnten dermaßen verändert, dass sie an den klassischen Grundfesten politischer Repräsentation gezehrt haben und deren Neubegründung notwendig machen, wenn von Begründung überhaupt noch die Rede sein kann? Gehört die Verbindlichkeit, die ja, wie gesehen, in der ganzen politischen Tradition im Mittelpunkt der repräsentativen Problematik („Entkörperung“, „Entleerung“, Artifizialität der Repräsentation etc.) stand, in die Rumpelkammer der demokratischen Geschichte<sup>3</sup>, oder treten neue Formen der Verbindlichkeit auf, die bei aller Schwäche sich alles in allem als ebenso grundfest erweisen als die früheren?

---

<sup>3</sup> Wie es die neuen Formen der Machteroberung „über die Parteien hinweg“ und aufgrund von einseitigen Versprechungen, die von keinerlei konstitutionellen Instanz oder demokratischen Verfahrensweisen garantiert sind, nahelegen. Die von der Macron-Regierung organisierte „grand débat“ läuft hinterher und versucht diesen Mangel auszugleichen.